

Luncheon Speech

von

Ministerpräsident Professor Dr. Georg Milbradt

bei der Veranstaltung der Konrad-Adenauer-Stiftung

„Alternde Gesellschaften - der Demographische Wandel in Deutschland und China“

am 25. Juni 2007 in Peking

Die demografische Entwicklung in China und in Sachsen verläuft unterschiedlich. Ursachen sowie deren Auswirkungen und Implikationen für die Politik sind nicht eins-zu-eins vergleichbar. Aber der grundlegende Befund ist doch gleich: unsere Gesellschaften werden älter. In Sachsen kommt hinzu: die Bevölkerungszahl nimmt ab.

Ich bin kein Experte für die demografische Entwicklung hier in China. Aber, soweit ich das überblicken kann, ist die entscheidende Herausforderung die Gestaltung der Sozialsysteme für eine Bevölkerung, die nicht schrumpft, aber deren Alterspyramide sich ändert. Bei uns in Sachsen wird bereits im Jahr 2020

jeder dritte Einwohner über 65 Jahre alt sein. In China rechnet man für das Jahr 2050 damit. Die Tendenz ist also die gleiche.

Dass bei uns erschwerend hinzukommt, dass wir zudem noch ca. 10 % der Einwohner verlieren werden – von 4,2 Millionen auf ca. 3,8 Millionen – will ich heute einmal außen vorlassen. Sich auf das gemeinsame Thema der Alterung zu konzentrieren, scheint mir eine gute Basis für die anschließende Diskussion.

Bis heute wird der demographische Wandel auch in der deutschen Diskussion hauptsächlich aus dem Blickwinkel der Sozialpolitik betrachtet. Und obwohl das für unsere beiden Staaten eine entscheidende Herausforderung ist, will ich die Perspektive auf den demografischen Wandel weiten.

Inzwischen haben die meisten auch bemerkt, dass die Änderung der Bevölkerungszusammensetzung und der Bevölkerungsgröße nicht nur die sozialen Sicherungssysteme betrifft, sondern die ganze Gesellschaft, den ganzen Staat.

Sachsen hatte schon zu DDR-Zeiten eine im Durchschnitt relativ alte Bevölkerung. Verglichen mit anderen Ländern, läuft der demographische Wandel bei uns sehr viel schneller und sehr viel intensiver ab.

Deswegen liegt es nahe, dass wir uns seit sechs, sieben Jahren intensiver mit den Konsequenzen dieses Prozesses beschäftigen

und nicht nur mit den Folgen für Rentenversicherung, Pflegeversicherung oder Krankenversicherung.

Denn eines ist ganz klar: für eine Lösung des Problems im Sinne eines demographischen Gleichgewichts zwischen junger, mittlerer und älterer Generation ist es zu spät. Dieses Gleichgewicht ist kurz- und mittelfristig jedenfalls nicht zu erreichen, allenfalls langfristig. Gleiches gilt auch für China.

Denn selbst, wenn es gelänge, auf die berühmten 2,1 Kinder pro Frau zu kommen – was die hiesige Ein-Kind-Politik schon ausschließt – würde das nur heißen, dass die Elterngeneration sich exakt reproduziert. Die Bevölkerung würde trotzdem weiter altern und schrumpfen, weil die Jahrgänge im höheren Lebensalter deutlich größer sind als die heutigen Elternjahrgänge.

Das Geburtenverhalten ändert sich nur allmählich. Es würde sicherlich mehr als ein Jahrzehnt dauern, bis die Geburtenrate zwei Kinder je Frau erreicht, die Kindergeneration also erstmals seit langem wieder genauso groß ist wie die Elterngeneration.

Diese Prognosen sind der Ausgangspunkt unserer Politik. Die Fakten haben sich mittlerweile herumgesprochen. Uns stellt sich nur noch die Frage, wie wir mit ihnen umgehen.

Darauf gibt es zwei Antworten. Erstens: Auch ich habe den Stein der Weisen nicht gefunden. Ich habe keinen großen Plan zur Lösung der demographischen Probleme in der Schublade

liegen. Und zwar schlicht und einfach deswegen, weil es eine solche Situation in Friedenszeiten bisher noch nie gegeben hat.

Wir sind Pfadfinder in einem noch weitgehend unerforschten Gebiet: Es gibt noch keine Karte, und es gibt schon gar nicht schnelle Abkürzungen. Wir müssen den Weg selber suchen.

Die zweite Antwort auf die Frage, wie es nun weitergeht, lautet: Das hängt von unseren Entscheidungen ab. Das hat etwas mit konkreter Politik zu tun.

Die Alterung ist zunächst etwas Positives. Denn sie steht ja nicht nur für weniger Kindern, sondern auch für den medizinischen Fortschritt: Wir leben länger, die Lebenserwartung steigt von Jahr zu Jahr, und das bei guter Gesundheit.

Ich habe gelesen, dass in China die Lebenserwartung von 40,8 Jahren im Jahr 1995 auf 71,5 Jahre im Jahr 2005 gestiegen ist. Das ist ein beachtlicher Wert, den nicht mal Sachsen vorweisen kann.

Wir haben es also nicht mit einer Katastrophe zu tun, wie mancher meint, nur weil die Zahl der Alten zunimmt. Sondern mit einem Prozess, der sicherlich Probleme mit sich bringt, Risiken, aber eben auch Chancen.

Die Frage lautet daher: Was müssen wir tun, um die Risiken in den Griff zu bekommen und die Chancen zu nutzen?

Zunächst: Wir dürfen die Zukunft nicht als eine Verlängerung der Gegenwart betrachten. Der Mensch neigt dazu, sich die Zukunft vorzustellen als Verlängerung der Erfahrungen der Vergangenheit. Was in der Vergangenheit gut und richtig war, muss aber gerade vor dem Hintergrund des demographischen Wandels nicht für die Zukunft gelten.

Wir müssen angesichts der Größe der Herausforderung in sehr langen Zeiträumen denken. Kaum einer von uns hier kann erwarten, dass er das 22. Jahrhundert erlebt. Aber trotzdem sind wir aufgefordert, heute Politik für eben dieses Jahrhundert zu machen, zumindest aber für den zweiten Teil des 21.

Ein zweites scheint mir wichtig: wir müssen lernen, Unterschiede zu akzeptieren. Bisher gehen viele in Deutschland davon aus, dass überall im Land gleiche Lebensbedingungen herzustellen seien.

Das ist eine sehr vereinfachte Vorstellung von Gerechtigkeit, dass die Gerechtigkeit dann am besten gewährleistet ist, wenn überall alles gleich ist. Das ist heute schon nicht der Fall, und viele spüren zumindest intuitiv, dass das in der Zukunft erst recht nicht funktionieren wird.

Die Umstände sind gerade angesichts der demographischen Entwicklung in einer Großstadt nun einmal sehr viel andere als in einem kleinen Dorf.

Dies trifft auch auf China zu, wo viele junge Wanderarbeiter die ländlichen Regionen verlassen haben und in den Städten sesshaft wurden.

Daher gilt meines Erachtens für China und für Deutschland: Es wird nebeneinander wachsende, stagnierende und schrumpfende Gemeinden geben, und zwar im Wesentlichen infolge der Binnenwanderung.

Solche Wanderungsbewegungen hat es immer gegeben und wird es immer geben. Sie bringen Unterschiede in der Größe, Dichte und Zusammensetzung der örtlichen Bevölkerung mit sich. Die Politik sollte diese Wanderungsbewegungen nicht zusätzlich verschärfen, aber sie sollte auch nicht die Illusion erzeugen, dass man sie vermeiden könnte. Aber wir sollten durch langfristige Politik diese Entwicklung gestalten.

Dafür müssen wir neue Wege gehen. Zum einen ergeben sich diese durch Kooperationen: Die Gemeinden müssen sich zusammenschließen. Nicht jedes Dorf braucht eine Schule, ein Krankenhaus oder einen Standesbeamten. Das kann alles gemeinsam bewirtschaftet werden.

Wir müssen zudem begreifen, dass Unterschiede in der Ausstattung kein Nachteil sein müssen. Denn, dass ist der zweite neue Weg, die technische Entwicklung eröffnet uns ungeahnte Möglichkeiten. Denken wir nur an die Fortschritte in der Medizin und die Möglichkeiten, die das Internet bietet. Dort ist die Relation von Raum und Zeit längst aufgehoben.

Es kommt also nicht – das gilt für viele Politikbereiche – auf die Gleichheit der Verhältnisse an, auch wenn das viele Menschen als richtig und erstrebenswert erachten, sondern auf die Chancengerechtigkeit. Also darauf, auch in unterschiedlichen Strukturen die gleichen Ziele erreichen zu können.

Sicherlich sind solche neuen Strukturen gewöhnungsbedürftig, aber sie bedeuten keinen Verlust an Lebensqualität oder gar Chancengerechtigkeit. Im Gegenteil, am Ende könnte zum Beispiel die Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum vielleicht besser sein als heute – obwohl es insgesamt weniger Ärzte gibt.

Wir müssen also bereit sein für Veränderungen, für neue Strukturen. Vor allem aber müssen wir noch einen dritten Schalter im Kopf umlegen: Wir müssen hinter all den Schwierigkeiten, Risiken und ungewohnten Veränderungen auch die Chancen entdecken und ergreifen.

Ich möchte auf einen weiteren Punkt eingehen, der mir für unser beiden Länder wichtig erscheint. Eine alternde Bevölkerung

bedingt ein teureres Sozialsystem. Dies kann nur bezahlt werden, wenn es uns gelingt, ein stetiges Wirtschaftswachstum zu ermöglichen.

Die Frage der Zukunft lautet demnach: Gelingt es uns in Sachsen auch im Jahre 2020 ein Wirtschaftswachstum wie in diesem Jahr von 4 Prozent zu generieren – das ist für chinesische Verhältnisse nicht viel, in Deutschland ist es aber der Spitzenwert. Und das, obwohl die Zahl der Erwerbsfähigen um ein Viertel zurückgegangen ist? Wird das Sozialprodukt pro Erwerbstätigen dann noch groß genug sein, damit wir die viel größere Zahl von Rentnern und Pflegebedürftigen versorgen können?

Unser Wohlstand hängt also davon ab, ob die Wachstumsrate konstant positiv ist. Damit sie es ist, müssen wir allerdings alle verfügbaren Reserven mobilisieren. Das fängt damit an, Arbeitslose zu qualifizieren und unsere Schüler besser auf das Berufsleben vorzubereiten – wenn die Zahl der jungen Menschen, die neu ins Erwerbsleben eintreten, sich halbiert, müssen die Jugendlichen doppelt so gut ausgebildet sein.

Ein weiterer Punkt ist, insbesondere Frauen (aber auch Männern) besser als bisher bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu helfen.

Vor allem aber – darüber wird bisher zu wenig geredet – wird es darauf ankommen, die Älteren weiterzubilden und ihre Erfahrung länger als bisher im Arbeitsleben zu nutzen.

Wir haben uns in der Vergangenheit den Luxus geleistet, zur Lösung bestimmter Arbeitsmarktprobleme die Alten vorzeitig in Rente zu schicken, um den Jungen eine Chance zu geben.

In dieser Situation werden wir bald nicht mehr sein, weil schlicht die Jungen fehlen werden. Immer mehr Unternehmen erkennen, dass sie sich nur dann erfolgreich entwickeln können, wenn sie ihre älteren Mitarbeiter länger im Betrieb halten.

Die bessere Integration Älterer in die Wirtschaft hat allerdings nicht nur einen quantitativen, sondern auch einen qualitativen Aspekt, nämlich mit Blick auf die Innovationsdynamik unseres Landes.

Bisher kamen junge Leute voller neuem Wissen und Elan aus der Lehrlingsausbildung oder den Hochschulen in die Betriebe und trafen dort auf Ältere mit Erfahrung. Das Ergebnis war ein kreativer und produktiver Prozess, in dessen Folge sich alle bessergestellt haben, die Alten wie die Jungen. Das war die Art und Weise, wie sich der technische Fortschritt vollzog.

Wenn nun die für diesen „Mix“ notwendigen Jungen fehlen, werden wir die Älteren jünger machen müssen. Was die physische Jugend betrifft, hat die Medizin ja schon allerhand Mittel parat. Entscheidend wird aber sein, dass es uns gelingt, die Äl-

teren geistig zu verjüngen. Klar ist, dass dabei der Weiterbildung eine große Bedeutung zukommt.

Auch aus Gründen der Innovationsdynamik werden die Betriebe in Zukunft einen viel größeren Anreiz, ältere Mitarbeiter weiterzubilden.

Um den demografischen Wandel zu gestalten, bedarf es einer Kultur des Wandels: Wir müssen langfristig denken, Unterschiede akzeptieren und die Chancen nutzen, welche in der Veränderung liegen. Daraus lassen sich dann die Ziele einer demographieorientierten Politik ableiten.

Ganz wesentlich dabei scheint mir: Gerade angesichts der demographischen Entwicklung müssen wir darauf achten, dass künftigen Generationen ein hinreichend großer Gestaltungsspielraum bleibt. Sie müssen die Möglichkeit haben, selbst Politik zu gestalten und Geld auszugeben – und nicht nur für die Zinsen der Ausgaben, die wir schon verkonsumiert haben, und unsere Renten, die wir natürlich kassieren wollen.

Langfristig Politik zu gestalten heißt vor allem in Zeiten des demografischen Wandels, generationengerecht zu handeln. Wir müssen die Basis für künftige Generationen sichern.